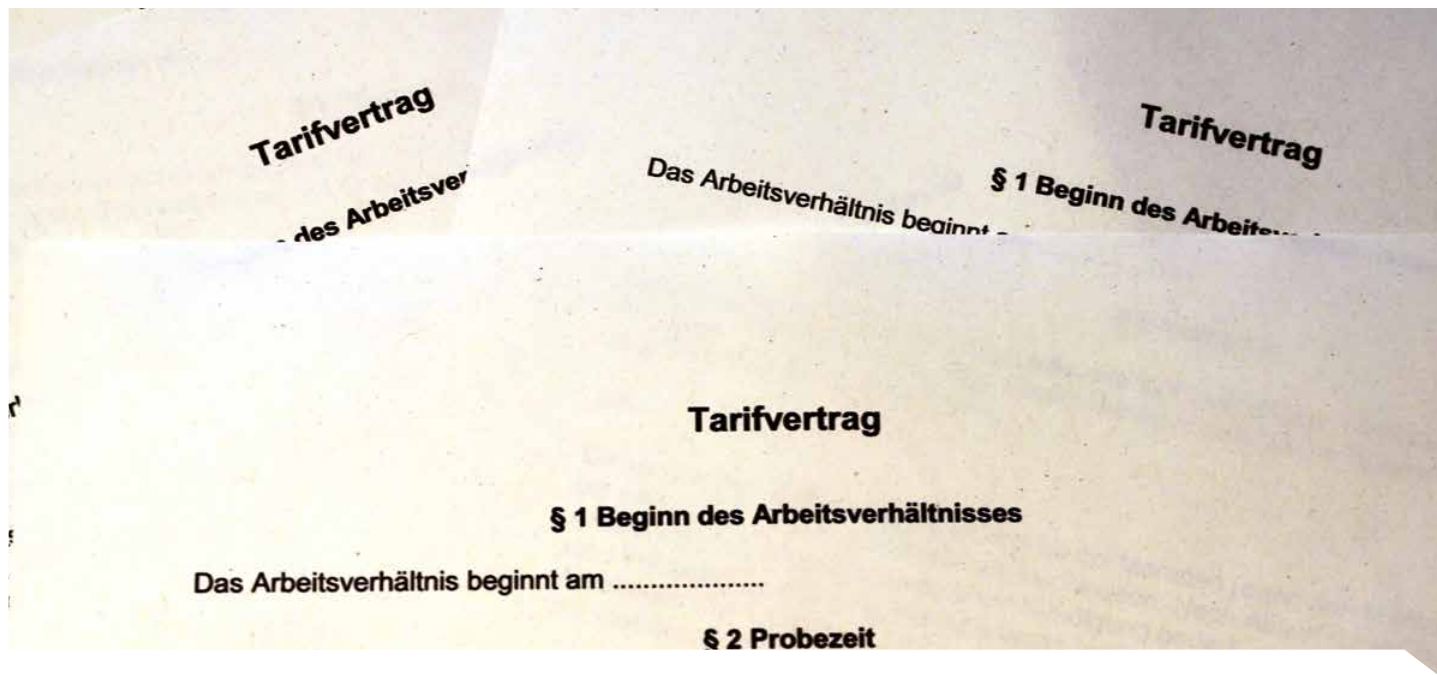




PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 16. SEPTEMBER 2020



DEBATTE **TARIFBINDUNG STÄRKEN – HANDLUNGSSPIELRÄUME NUTZEN**

Die SPD-Fraktion will Maßnahmen ergreifen, damit wieder mehr Menschen einen Lohn nach Tarif erhalten. „Für uns als SPD stehen die Steigerung der Tarifbindung und der Kampf gegen Tariffucht ganz oben auf der Tagesordnung – und deshalb auch heute auf der Tagesordnung der Bremischen Bürgerschaft“, sagte die sozialdemokratische Abgeordnete Sascha Aulepp in einer Aktuellen Stunde.

Hintergrund für die Debatte, die die SPD-Fraktion beantragt hatte, ist unter anderem das kürzlich veröffentlichte IAB-Betriebspanel. Daraus geht hervor, dass nur noch 18 Prozent der Betriebe im Land Bremen tarifgebunden sind. Das sind weniger als im Bundesschnitt und im Schnitt der westdeutschen Großstädte. Zwar sind in diesen Betrieben 57 Prozent der Arbeitnehmer*innen beschäftigt, etwa, weil der öffentliche Dienst eine relativ große Rolle spielt und Bremen über einen relativ großen Bereich von Industriebeschäftigung und relativ vielen Großunternehmen verfügt. Doch, darauf wies Sascha Aulepp in ihrer Rede hin, vor 15 Jahren lag der Anteil der tarifgebundenen Betriebe noch bei knapp 40 Prozent.



Sascha Aulepp

„Diese Tariffucht von Unternehmen ist aus mehreren

Gründen besorgniserregend“, sagte Aulepp. „Zuallererst für die Beschäftigten: Die Erosion der Tarifbindung ist der wesentliche Treiber für Einkommensungleichheit. Beschäftigte in nicht tarifgebundenen Betrieben verdienen 10,5 Prozent weniger als die nach Tarifvertrag bezahlten. Das führt individuell zu Nachteilen. Und das nicht nur beim Lohn, sondern auch, was Arbeitszeit, Weiterbildung sowie Urlaub, aber auch den Krisenfall und deshalb gerade brandaktuell das Kurzarbeitergeld betrifft.“ Nicht zuletzt habe das Thema auch eine Geschlechterperspektive, denn Männer arbeiteten öfter in tarifgebundenen Unternehmen als Frauen, mit einer Erhöhung der Tarifbindung könne also auch der Gender Pay Gap reduziert werden.

Schließlich profitierten auch die Unternehmen, die sich an Tarifverträge hielten. Aulepp: „Höhere Tarifbindung schützt also auch die Betreibe, die in der wirtschaftlichen Konkurrenz auf bessere Qualität setzen und nicht auf einen Unterbietungswettbewerb, was die Arbeitsbedingungen

angeht. Deshalb sind auch die Arbeitgeberverbände gefordert, stärker für den Wert von Tarifverträgen einzustehen.“

Aulepp nannte daraufhin mehrere Maßnahmen, mit denen diese Erhöhung der Tarifbindung erreicht werden soll. Zum einen appellierte sie an die Beschäftigten, sich in Gewerkschaften zu organisieren, um deren Schlagkraft zu erhöhen. Zum anderen forderte sie eine Änderung des Tarifvertragsrechts auf Bundesebene, sodass Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können – also auch für jene gelten, die nicht in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten. Auch auf Landesebene sieht Aulepp Möglichkeiten. So sollten die neuen Spielräume genutzt und das Tariftrue- und Vergabegesetz erweitert werden – sodass künftig bei allen Vergaben die Tariftrue zur Voraussetzung wird. Und schließlich, so Aulepp, sollte nach Wegen gesucht werden, auch in der Wirtschaftsförderung deutliche Anreize für eine Tarifbindung zu verankern, um so gerade bei jüngeren Betrieben Wirkung zu entfalten.

DEBATTE **HILFE FÜR GEFLÜCHTETE AUF GRIECHISCHEN INSELN**

Die Situation auf der griechischen Insel Lesbos und im durch ein Feuer zerstörten Lager Moria war heute Thema einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Antje Grotheer, europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, forderte in ihrer Rede ein deutliches Zeichen der Menschlichkeit und europäischen Solidarität.

„Die Situation in den griechischen Flüchtlingslagern ist unhaltbar“, sagte Grotheer am Rande der Sitzung. „Das Feuer im Lager in Moria hat erneut vor Augen geführt, dass es jetzt unverzüglich eine Lösung für die betroffenen Geflüchteten braucht. Unbegleitete Minderjährige, Familien mit Kindern und Frauen leiden besonders unter den menschenunwürdigen Bedingungen auf Lesbos und den anderen Inseln.“

Grotheer betonte, auch sie hätte eine gemeinsame Haltung aller EU-Staaten

zur Verteilung von Geflüchteten begrüßt. Doch sei auch nach fünf Jahren eine solche gemeinsame Haltung nicht absehbar. Grotheer: „Fünf Jahre sind genug! Wir können nicht warten, die Menschen vor Ort können nicht warten, bis die anderen europäischen Länder handeln oder eine gesamteuropäische Lösung gefunden ist. Die Hilfe ist nicht in einigen Monaten nötig, sie ist jetzt unmittelbar nötig!“



Antje Grotheer

Sie sei froh, dass ein Kompromiss auf Bundesebene nun die Aufnahme von gut 1500 Geflüchteten aus Moria vorsehe, sagte Grotheer. Dies könne aber nur ein erster Schritt sein. Bundesin-

nenminister Horst Seehofer müsse seinen Widerstand gegen die Bereitschaft von Ländern – darunter auch Bremen – und Kommunen, zusätzliche Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen, aufgeben.

„Wir erwarten, dass Deutschland mehr tut!“, sagte Grotheer. „Wir brauchen eine deutliche Verbesserung der Situation in den griechischen Lagern – sofort! Es geht um sofortige humanitäre Hilfe vor Ort, das unmissverständliche Signal an die griechische Regierung, dass Deutschland eine maßgebliche Zahl von Flüchtlingen aus den Lagern evakuieren will und darum, dass Deutschland als EU-Ratspräsidentenschaft bis Ende dieser Woche bei den anderen EU-Mitgliedstaaten für eine Beteiligung an einem solchen Aufnahmeprogramm wirbt.“

BESCHLUSS **INVESTITIONEN IN LOKALE WIRTSCHAFT WERDEN ERLEICHTERT**

Die Bürgerschaft hat heute als Reaktion auf die Corona-Pandemie ein „Gesetz zur Erleichterung von Investitionen“ verabschiedet. Durch dieses Gesetz wird bis Ende des Jahres 2021 die Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfacht, indem Vergabegrenzen angehoben werden.

So wird im Bereich von Liefer- und Dienstleistungen die Grenze für den Direktkauf von 1.000 auf 3.000 Euro angehoben, eine freihändige Vergabe ist nun bis zu einem Wert von 100.000 Euro statt bislang 50.000 Euro möglich. Bei Bauvorhaben ist künftig bei Aufträgen bis zu einem Volumen von 100.000 Euro eine freihändige Vergabe möglich, bis zu einem Volumen von einer Million kann auf eine beschränkte Ausschreibung zurückgegriffen werden. In beiden Fällen liegt der Wert damit vorübergehend doppelt so hoch wie bislang.



Falk Wagner

Falk Wagner, baupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hob hervor, dass durch einen aktiven Staat, dadurch, dass der Bund und Bremen in der Corona-Krise Beschäftigte – etwa durch verlängerte Kurzarbeit – und Unternehmen stützten, diese Krise bislang vergleichsweise gut habe bewältigt werden können.

„Einen kleinen, aber nicht zu vergessenden Beitrag dazu kann die öffentliche Hand auch leisten, indem sie in der Krise öffentliche Aufträge schneller vergibt, Spielräume für die Vergabe an die regionale Wirtschaft nutzt und dafür Vergabegrenzen – befristet und in angemessener Höhe – anhebt“, sagte Wagner. „Das hat die Bürgerschaft auf unseren Antrag hin im Mai aufgegriffen, und der Senat hat nun einen fundiert ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorgelegt, dem wir zustimmen werden.“

Nicht zuletzt, so Wagner abschließend, gehe von diesem Beschluss auch ein wichtiges Signal aus: „Bremen handelt. Wir leisten unseren Beitrag, um die Auftragsbücher der regionalen Wirtschaft wieder zu füllen und den Beschäftigten Sicherheit zu geben.“

BESCHLUSS **BREMEN BEKOMMT OPFERSCHUTZBEAUFTRAGTEN**

Bremen erhält einen Landesbeauftragten für die Opfer von Gewalttaten. Das hat die Bürgerschaft heute mit großer Mehrheit beschlossen.

Der oder die Beauftragte soll als zentrale Ansprechperson in Fällen von körperlichen oder psychischen Gewalttaten fungieren. „Wir schaffen damit einen

ersten Ansprechpartner, der die Aufgabe der Koordination übernehmen soll“, erklärte die justiz- und rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sascha Au-lepp, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft. „Es geht dabei auch um eine Art Lotsenfunktion, um die Weiterleitung an die zahlreichen Organisationen und öffentlichen Stellen, die Opfern von Gewalt-

taten helfen. Vieles wird hier in Bremen erfreulicherweise schon unternommen, erst dadurch ist eine solche Weiterleitung überhaupt möglich. Und dass es nun eine oder einen offiziellen Landesbeauftragten geben wird, der als erster und zentraler Ansprechpartner dient, begrüße ich ausdrücklich.“



AKTUELLE STUNDE **WELTRAUMBAHNHOF** MADE IN GERMANY?

Ein Weltraumbahnhof in der Nordsee, versorgt und beliefert von Bremerhaven – was wie Zukunftsmusik klingt, könnte bald auf den Weg gebracht werden.

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde tauschte sich der Landtag heute über die Möglichkeiten und Chancen eines entsprechenden europäischen Großprojektes aus. Denn 420 Kilometer von Bremerhaven entfernt könnte bald die erste Phase der Errichtung eines solchen Raketenstartpunktes beginnen. „Wir brauchen einen europäischen Zugang zum All,

um wettbewerbsfähig zu bleiben“, sagte Janina Brünjes, SPD-Fraktionssprecherin für Wissenschaft, während ihrer Rede in der Aktuellen Stunde.



Janina Brünjes

Eigene Bedarfe durch deutsche Weltraum-Unternehmen, die sich auf sogenannte Microlauncher – also den Start von

leichten Raketen, die eher für kleine kommerzielle und experimentelle Satelliten ausgelegt sind – spezialisieren, könnten dadurch gedeckt werden. Auch die vorhandene Infrastruktur und Expertise seien ein treibender Faktor für die Wahl von Bremerhaven als Versorgungshafen. Die bremische Politik, so der Konsens der Aktuellen Stunde, stehe voll hinter der Planung. Der Bund sei nun in der Pflicht, tätig zu werden und das Projekt voranzutreiben.

BERICHT **LANDESBEHINDERTENBEAUFTRAGTER** STELLT TÄTIGKEITSBERICHT VOR

Menschen mit Behinderungen dürften nicht Verlierer der gegenwärtigen Krise werden, forderte Holger Welt nach dem Bericht des Landesbehindertenbeauftragten in der Bremischen Bürgerschaft.

Der SPD-Fraktionssprecher für Menschen mit Beeinträchtigungen machte auf die schwierige Situation der Betroffenen aufmerksam: So könne den wenigsten Bewohner*innen in Einrichtungen für



Holger Welt

Menschen mit Behinderungen ein Entgelt ausgezahlt werden, da die dazugehörigen Werkstätten geschlossen seien. „Im Gegensatz zu den hauptamtlichen Mitarbeiter*innen in den Werkstät-

ten müssen die Entgelte für diese Menschen in den Werkstätten erwirtschaftet werden“, so Welt weiter. „Aber ohne Arbeit gibt es keinen Ertrag“. Zu diesem Thema habe die SPD-Fraktion bereits einen Antrag auf den Weg gebracht.